

EDITORIAL

❖ Seit dem 26. Mai steht fest: Bundespräsident Horst Köhler bekommt eine Gegenkandidatin. Für das Rennen um Schloss Bellevue hat der SPD-Vorstand einstimmig Gesine Schwan nominiert, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Natürlich gibt es keinen Anspruch eines Bundespräsidenten auf eine Wiederwahl. Selbstverständlich hat eine so große politische Kraft wie die Sozialdemokratie das Recht auf einen eigenen Kandidaten, und auch die Präsidentschaftsbewerberin Gesine Schwan ist eine eindrucksvolle Persönlichkeit, deren bisherige Lebensleistung es rechtfertigt, sie in der Rolle des Staatsoberhauptes sehen zu können.

Gleichwohl gibt es bei dem absehbaren Wahlkampf um die Mehrheit der Bundesversammlung eine Reihe von Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten, die den Wettbewerb der Kandidaten bis zur Bundesversammlung am 23. Mai 2009 auf das Äußerste belasten werden – mit unabsehbaren Konsequenzen für das politische System in Deutschland. Es ist ungewöhnlich, dass die Partner einer Regierungskoalition sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten für das höchste Amt im Staat einigen können. Dies wird noch ungewöhnlicher, weil die SPD-Führung, seien es der Parteivorsitzende Kurt Beck und zwei seiner Stellvertreter, sei es der Fraktionsvorsitzende Peter Struck, monatelang dem Bundespräsidenten ihre Unterstützung signalisiert hatten. Offenbar hat die SPD-Führung jene Welle von Funktionärssympathien für eine erneute Kandidatur von Gesine Schwan nicht wahrgenommen, die bereits 2004 gegen Horst Köhler verloren hatte. Schließlich musste sie sich der Stimmung für eine eigene Kandidatin beugen.



Führung sieht anders aus. Ähnliches ist der SPD-Spitze kurz zuvor bei der Diätenerhöhungsproblematik geschehen. Auch hier ist sie dem Druck der Basis gewichen.

Kurt Beck erweist sich eher als ein Getriebener seiner Partei denn als ihr Führer. Seine erste entscheidende Fehleinschätzung war im

Hamburger Wahlkampf zu besichtigen, als er nach erfolgter Hessen-Wahl der gefühlten Siegerin Andrea Ypsilanti den Weg zu einem Regierungsbündnis mit den Linken frei räumte, gleichzeitig für die Bundesebene eine Kooperationsmöglichkeit strikt ausschloss. Die Kandidatur von Gesine Schwan beschädigt einmal mehr seine Glaubwürdigkeit bei dem Versprechen, mit der Linken nicht zusammenzuarbeiten. Der Einwand, die PDS habe auch schon 2004 für Gesine Schwan in geheimer Wahl gestimmt, überzeugt weniger, da die Linke heute deutlich stärker ist als damals und ihr Einzug in die westdeutschen Landtage vor allem der SPD zu schaffen machen wird.

Im Herbst stehen in Bayern Landtagswahlen ins Haus, mit denen der heute knappe Vorsprung von Union und FDP in der Bundesversammlung noch schmaler werden könnte. Aber vielleicht hilft der CSU die große Popularität des Bundespräsidenten, der sich über eine Zustimmungsrate von 95 Prozent in der Bevölkerung freuen kann. Die nächsten zwölf Monate werden dem Land eine Zerreißprobe bescheren, denn in der Präsidentenfrage vertraut die SPD auf die Hand der Linken. Man muss mit der SPD bangen, um ihre Zukunft als Volkspartei. ❖

Wolfgang Beyschlag